

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Zugabe: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 22. Februar 1895.

Annahme von Subskriptoren: 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Bock & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Meiner, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 22. Februar. Gestern bildete sich im Abgeordnetenhaus aus allen Parteien eine Vereinigung für körperliche und werthvolle Erziehung. Die zur Verabreichung stehenden Grundzüge für die Ziele, Tätigkeit und Organisation fanden einstimmige Annahme. Die Vereinigung will in erster Linie durch die Thatsache ihrer Bildung die Ansicht und den Willen zum Ausdruck bringen, daß die Unterrichtsverwaltung und die Gemeinwesen nach dieser Richtung im Schulwesen vorzugehen sollen, jodann Anregungen geben, Vorschläge stellen und auch positive Vorschläge machen und entgegennehmen. In den Vorstand wurden gewählt: die Abgeordneten v. Schenkendorf als Vorsitzender, v. Kölliker, v. Mettenberg, Dr. Gerlich, Anselm, Dietrich und Broemel; in den Ausschuss die Vorgesetzten und die Abgeordneten v. Pappenheim, v. Puttkamer-Deblau, Baudelow, Schall, Grande, Baensch-Schmidt, Wurm, Dr. Edels, Jerusalem, Couras (Glag), Glattfelder, v. Woyznick, Ehlers und Betschamp. Der Vorsitzende wurde beauftragt, bei der Verabreichung des Kultusetats das Programm der Vereinigung, der bis jetzt 183 Abgeordnete beigetreten sind, zu entwickeln.

Ueber den Verlauf der Landtagsabgeordneten entnehmen wir der amtlichen Statistik folgende Angaben:

Von den auf Grund der letzten Wahlen im das preussische Abgeordnetenhaus eingetretenen 433 Abgeordneten gehörten allein 40,2 v. H. zu den Nationalliberalen; es folgten die aktiven Verwaltungsbeamten mit 14,3 v. H., die aktiven Justizbeamten mit 12,2, die Gewerbetreibenden mit 5,8, die Rentner mit 5,3 und die Kaufleute mit 4,4 v. H. Bei den Konfessionen steigt der Anteil der Landwirte auf 64,8 v. H.; bei den „Witten“ beträgt er 55,5, bei den Freikonfessionen 35,3, bei den Polen 29,4; auch bei den Nationalliberalen noch 28,9 und beim Zentrum 23,2 v. H., was gegen bei der freisinnigen Volkspartei kein Ansehen vorliegt. Der Anteil der aktiven Verwaltungsbeamten beträgt bei den Freikonfessionen 35,3, bei den Konfessionen 22,5, bei den Nationalliberalen nur 4,4 und beim Zentrum nur 1,0, während die beiden freisinnigen Fraktionen und die Polen in ihren Reihen keine Verwaltungsbeamten zählen. Die meisten aktiven Justizbeamten hat das Zentrum mit 31,6 v. H.; dann folgen die freisinnige Vereinigung mit 15,7, die freisinnige Volkspartei mit 14,3 und die Nationalliberalen mit 10,0 v. H. Bei den Konfessionen sind nur 4,9 und bei den Freikonfessionen 5,0 v. H. Justizbeamte. Die Rechtsanwälte sind vornehmlich bei der freisinnigen Vereinigung mit 21,4 v. H. vorhanden; beim Zentrum beanpruchen sie 5,3, bei den Nationalliberalen 4,4, bei den Konfessionen nur 0,7 v. H. Die meisten Kaufleute, Gewerbetreibenden und Industriellen sind bei den Nationalliberalen mit 24,4 v. H. vorhanden; demnach folgen die Polen mit 17,6, das Zentrum mit 9,5, die freisinnige Volkspartei mit 7,1, die Freikonfessionen mit 5,0 und die Konfessionen mit 1,4 v. H. Die Rentner sind am meisten vertreten bei den Polen mit 17,6, beim Zentrum mit 10,0 v. H. Leider fehlen bei dieser Statistik jegliche Vergleichszahlen von früheren Wahlen. Von sämtlichen Abgeordneten wohnen 305 innerhalb ihres Wahlkreises, 128 außerhalb desselben, darunter 39 in Berlin und den Vororten. Im Durchschnitt hatten also fast drei Viertel aller Abgeordneten ihren dauernden Aufenthalt in ihrem Wahlkreise, von den Abgeordneten der konfessionellen Partei (125 von 142) noch ein viel größerer Theil, während umgekehrt bei dem Zentrum und den Polen die Abgeordneten aus fremden Wahlkreisen überwiegen. Von den Nationalliberalen wohnen 62 innerhalb, 28 außerhalb, von den beiden freisinnigen Parteien 14 innerhalb und 6 außerhalb ihres Wahlkreises. Die Zahl der Berliner ist nur bei der freisinnigen Volkspartei, bei der von 14 Abgeordneten 10 in Berlin wohnen, sehr groß, doch ist zu beachten, daß von den in Berlin wohnenden Abgeordneten dieser Partei 5 in Berliner Wahlkreisen gewählt sind. Von den konfessionellen Abgeordneten und denen des Zentrums wohnen je 7, von den nationalliberalen 9, von den Freikonfessionen 5 in Berlin.

Das 1. Garde-Dräger-Regiment Königin von Großbritannien und Irland bezug am gestrigen Donnerstag im feierlichen Beise die Wiederkehr des Tages, an welchem es vor 80 Jahren errichtet worden ist. Aus Anlaß dieser Feier war die in der Bellealliancestraße gelegene Kaiserin feierlich geschmückt und auf den Zinnen der beiden Mittelthürme wehten die preussischen Fahnen mit dem Adler, während von den Giebeln aus die Vorder- und Hinterrufen zahlreicher Flaggen herabgingen. Der erste Festzug war in prächtiger Morgenröthe von dem Regimentschef, der Königin Victoria von England eingetroffen. Das an den Kommandeur gerichtete Telegramm lautete: „Zu dem Stichtag des Meines Regiments Weinen aufrichtigsten Glückwunsch.“ Der vom Urlaub wieder zurückgekehrte Oberst von dem Knebeck dankte sofort telegraphisch im Namen des Regiments. Das feierliche Gepränge kam in den Räumen der Offiziers-Speisekammer ganz besonders zum Ausdruck. Hier war in dem großen von Säulen getragenen Speisesaal die Tafel zu einigen 70 Konvents gedeckt und mit dem reichen Silbergeschloß des Regiments und herrlichen Blumen bestetzt. In alle früheren Offiziere des Regiments waren Einladungen ergangen und der größte Theil derselben hatte sich bereit, derselben Folge zu leisten. Als vornehmster Gast war der Regent von Braunschweig, Prinz Albrecht von Preußen, anwesend, welcher vom 29. Januar 1863 bis 1. Februar 1864 Kommandeur des Regiments gewesen war. Zur Rechten des Prinzen Albrecht saß der kommandierende General des dritten Armeekorps, Prinz Friedrich von Hohenzollern, dieser in der Uniform des zweiten Garde-Dräger-Regiments, zur Linken der Regimentskommandeur Oberst von dem Knebeck. Dem Prinzen Albrecht gegenüber saßen der etatsmäßige Stabschef des Regiments Major Prinz Franz von Ratibor und der Kommandeur des 2. Garde-Dräger-Regiments Oberst Prinz Heinrich XIX. Rup. Vor dem stehenden Gaste prangte das Geflecht der Königin Victoria von England, eine mächtige Silber- und vergoldete Schale, gefüllt mit einem köstlichen Blumenarrangement. Zu den weiteren Gästen zählten Generalleutnant von Bortell, 1859 Kommandeur gewesen, der Kommandeur der 3. Garde-Kavallerie-Brigade, Generalmajor v. Koge, Graf zu Dohna-

Schlobien, Major v. Hellendorff, Oberstleutnant Freiherr v. Jekowitz, Oberst Graf zu Dohna, Reichsgraf Graf Blicher, der Vize-Ober-Regimentsmeister Graf Kanitz, der preussische General Graf Dönhoff, Graf v. Mirbach-Sorquitten. Der Erbprinz von Oldenburg, sowie die beiden Söhne des Fürsten Biemarck hatten ihr Fernbleiben entschuldigt. Während der Tafel erob sich Prinz Albrecht, um das Hoch auf den Kaiser auszubringen; dann dankte der Oberst v. d. Knebeck dem Prinzen in warmen Worten für dessen Erscheinen zum Feste und brachte auf ihn einen Toast aus, dem er jodann einen gleichen auf die Königin von England folgen ließ. Es wurden noch Trinksprüche auf die alten Kameraden und auf das Regiment ausgebracht.

Eine Erklärung gegen die Umsturzvorlage wird in der „Ethischen Kultur“ von einer Anzahl von Frauen veröffentlicht, in welcher es heißt, durch die Annahme des Gesetzes werde die Ehe und die Familie nicht geschützt, sondern geschädigt, indem verheiratete, die Zukunft aussehenden und die Feinde zu kennzeichnen, welche den Frieden und die Heiligkeit der Ehe und Familie gefährden.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung die Vorlagen betreffend die Abänderung des Statuts für das archaische Institut dem 6. und 7. der Entwurf eines Gesetzes betreffend die kaiserlichen Schutztruppen für Südwestafrika und Kamerun dem 1., 2. und 7. und die Vorlage betreffend die Erweiterung des Bezugs der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse in Halle a. S. dem 4. und 6. Ausschusse überwiesen. Ferner wurde den Ausschüssen über die Abänderung des Staats der Salzsteuer-Verwaltungsstellen für das Herzogthum Anhalt, sowie über den Entwurf von Abänderungsvorschlägen zur Schiffvermessungsordnung die Zustimmung ertheilt und endlich der Entwurf eines Gesetzes für Elbst-Vorbringen wegen Aufhebung des Gesetzes über die Ernennung und die Beförderung der Beigeordneten vom 4. Juli 1887 angenommen.

Der Kultusminister hat dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neun älteren Provinzen vom 15. Juli 1889 nebst Anlage und Begründung zugewiesen. Es handelt sich dabei um eine staatsgesetzliche Ergänzung des von der außerordentlichen Generalversammlung im vorigen Herbst angenommenen Kirchengesetzes wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen.

Während nach den neuesten, über die entschädigungspflichtigen Unfälle des Jahres 1894 veröffentlichten Zahlen wieder eine bedeutende Vermehrung derselben gegen das Vorjahr hat festgestellt werden müssen, hat sich die Prozentzahl der schweren Unfälle d. h. derjenigen, welche den Tod oder dauernde Erwerbsunfähigkeit im Gefolge haben, wieder vermindert. Die Abnahme, welche in dieser Beziehung zu bemerken gewesen ist, hat sich stetig und zwar von Jahr zu Jahr vollzogen. Im Jahre 1886, dem ersten Volljahre berufsgenossenschaftlicher Thätigkeit, nahmen die schweren Unfälle noch 40 Prozent sämtlicher entschädigungspflichtigen Unfälle in Anspruch. Im Jahre 1891 waren es nur noch 18,4 Prozent, im Jahre 1892: 16,1 Prozent, im Jahre 1893: 14,6 Prozent. Im Jahre 1894, wo 8948 schwere Unfälle 69 849 entschädigungspflichtigen Unfällen überhaupt gegenüberstanden, hat sich diese Prozentzahl auf 12,8 verringert.

Als bemerkenswerthe Thatsache mag aus der vorgestrichenen Verhandlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller nachträglich noch erwähnt werden, daß Herr Handelsminister Dr. Stumpf gelegentlich der Erörterung über das Sanierungsverbot ausführt, daß das kleine schiffbare Gewerbe in den kleinen und mittleren Städten sich jetzt gegenüber den Hausirern und Detailhändlern in einer um so traurigeren Lage befindet, als ihm durch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe die Kundschaft der ländlichen Bevölkerung verloren gegangen ist. Der Umstand, daß dieser Auslieferung an sich von keiner Seite widersprochen wurde, kann nur auf neue als Beweis gelten dafür, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe gerade denen zum Unheil gereichen, in deren Interesse die Einführung der Sonntagsruhe angeblich eingelegt sein sollte.

Wie der Personenverkehr, so hat auch der Güterverkehr der Eisenbahnen Deutschlands im Vertriebsjahre 1893-94 sowohl hinsichtlich des Umfanges, als auch der Ertragsseite in dem dreijährigen Zeitraum von 1890-91 bis 1893-94 eine erhebliche Steigerung erfahren. Während die Einnahme im Jahre 1890-91 592,03 Millionen Mark betragen hat, ist sie im Jahre 1893-94 auf 654,05 Millionen Mark gewachsen; es hat mithin eine Zunahme von 36,02 Millionen Mark oder von 6,12 v. H. stattgefunden. Jedes Kilometer brachte eine Einnahme von 22,017 Mark gegen 17,583 Mark, also über ein Viertel mehr ein. Die Einnahme für je 1000 Achskilometer der Güterwagen hat sich nur unwesentlich verändert, sie belief sich im Jahre 1890-91 auf 96 Mark, im Jahre 1893-94 auf 97 Mark.

Von der Einnahme aus dem Güterverkehr entfallen im Jahre 1893-94 928,51 Millionen Mark auf Frachterträge, 1,54 Millionen Mark auf die Entschädigung für die Beförderung von Postgut und 4 Millionen Mark auf Nebenerträge gegen 874,12 Millionen Mark, 1,95 Millionen Mark und 15,95 Millionen Mark im Jahre 1890-91. Hiernach sind die Frachterträge, die aus der Beförderung von Eile und Expressgut, Frachtpost, Militärpost, Vieh, Viechen und frachtpflichtigem Dienstgut erzielt wurden, sowie die Nebenerträge um 61,7 bezw. 50,5 v. H. gestiegen, dagegen ist die Entschädigung für die Beförderung von Postgut um 21,23 v. H. zurückgegangen. Dieser Rückgang findet seine Erklärung darin, daß die Postverwaltung bei den verstaatlichten Privatbahnen an Stelle der früheren Entschädigungen jetzt nur die gesetzlich bestimmten Sätze zu zahlen hat. Von den Frachterträgen ausschließlich der für Militärpost und für frachtpflichtiges Dienstgut, die sich wegen der darin eingetretenen grundsätzlichen Veränderungen zum Vergleich nicht eignen, haben im Jahre 1893-94 die Klassen des einheitlichen deutschen Gütertarifs mehr eingebracht als im Jahre 1890-91: das Eile und Expressgut 6,43 Millionen Mark oder 40,29 v. H., das Stückgut einschließlich des Spezialtarifs für bestimmte Stückgüter 40,34

Millionen Mark oder 41,46 v. H., das Frachtpost in Wagenladungen 196,66 Millionen Mark oder 92,24 v. H., ferner die Wagenladungen von 10 Tonnen und darüber nach Ausnahmestufen 70,92 Millionen Mark oder 32,17 v. H. und endlich der Viehtransport 7,01 Millionen Mark oder 34,84 v. H.

Die Anzahl der zurückgelegten Tonnenkilometer der gegen Frachtbeförderung beförderten Güter mit Anschluß des Postgutes ist von 13 039,79 Millionen Tonnenkilometer im Jahre 1890-91 auf 24 484,56 Millionen Tonnenkilometer, also fast auf das Doppelte gestiegen. Bei Zurückführung der geleisteten Tonnenkilometer auf 1 Kilometer der durchschnittlichen Betriebslänge hat sich eine Zunahme von 387 275 Tonnenkilometer in 1890-91 auf 565 038 Tonnenkilometer in 1893-94, also um 45,9 vom Hundert ergeben. Die geringere Zunahme der Dichtigkeit des Verkehrs gegenüber der Zunahme der Gesamtzahl der Tonnenkilometer erklärt sich daraus, daß die neu hinzugekommenen Strecken den älteren Bahnen hinsichtlich des Verkehrsumfanges beträchtlich nachgekommen haben. Bei den einzelnen Tarifklassen stellt sich die Steigerung der zurückgelegten Tonnenkilometer wie folgt:

1. beim Eile- und Expressgut um 22,14 Millionen Tonnenkilometer oder um 31,95 v. H.,
 2. beim Stückgut, einschließlich des Spezialtarifs für bestimmte Stückgüter, um 382,46 Millionen Tonnenkilometer oder um 47,14 v. H.,
 3. beim Frachtpost in Wagenladungen um 601,44 Millionen Tonnenkilometer oder um 126,32 v. H.,
 4. bei Ausnahmestufen für Wagenladungen von 10 Tonnen und darüber um 325,82 Millionen Tonnenkilometer oder um 40,60 v. H.,
 5. beim Viehtransport um 164,44 Millionen Tonnenkilometer oder um 87,31 v. H.
- Die durchschnittliche Einnahme auf ein Tonnenkilometer aller gegen Frachtbeförderung beförderten Güter ist von 4,41 auf 3,79 Pf. gefallen; die darnach eingetretene durchschnittliche Verbilligung der Frachten um 14 v. H. erklärt sich aus Tarifermäßigungen verschiedener Art, Herabminderung der Einheitspreise, Verlegung vieler Artikel in niedrigere Tarifklassen, erweiterte Ermäßigung ermäßigter Ausnahmestufen für Waffentransporte u. s. w. Auf die Abnahme der durchschnittlichen Einnahme auf 1 Tonnenkilometer beim Viehtransport von 10,68 auf 7,69 Pf. ist neben der Einführung von Frachtermäßigungen auf einzelnen Eisenbahnen die Ausbehnung der direkten Expedition und das Fallenlassen der Abfertigungsgebühren bei Umpackoperationen von Einfluß gewesen.

Österreich-Ungarn.

Der Aufstellungsprozeß, dem die äußerste Linke des ungarischen Parlamentarismus, die sogenannte Unabhängigkeitspartei, nicht erst seit heute oder gestern verfallen ist, macht unaufhaltsam Fortschritte. Das lose Band der radikalen Ader Prinzipien hat sich neuerdings als unzulänglich erwiesen, die aus den heterogenen Einzelbeständen zusammengelegte Unabhängigkeitspartei auch nur nothdürftig zusammenzuhalten. Man sollte denken, die Partei könnte an 4 bis 5 Fraktionen mit ebenso vielen „Führern“, die sich nach und nach abzwergeln, genug haben, aber nein, sie steht eben jetzt im Begriff, sich aus neue zu spalten. Den Keil bildet die liberale Kirchenpolitik. Liberale Reformen und ultramontane Reaktionen lassen sich auf die Dauer nicht unter dem Hute der „staatlichen Opposition“ vereinigen, auch wenn er minder arg durchdringt wäre, als es thatsächlich der Fall. Es verschießt sich heute in Ungarn kein einsichtiger Politiker mehr der Erkenntnis, daß das ausschließendende Programm der äußersten Linken endgültig abgeworfen hat und die Partei nur noch ein Scheinbild fristet. Dem Konfliktbrause ist ein heftiger Regenhammer zugefallen, dergefallt, daß Franz Kossuth, der doch seine Ziele kennen muß, die Rolle, die man ihm zugedacht, nicht mehr weiter spielen will. Gerade zu dem Zeitpunkt, wo es sich um das nothdürftige Zusammenkleben der aus den Fugen gegangenen Unabhängigkeitspartei handelt, trat Franz Kossuth eine Reise nach Italien an, was allgemein als das Vorbild seines endgültigen Abganges von der politischen Tagesbühne aufgefaßt wird. In demselben Maße, wie das Sinken der um die Fänge der Unabhängigkeitspartei geschaarten Getreuen sich lichtet, erstarkt die mit dem ausschließendenden liberalen Regime zufriedene Mehrheit des ungarischen Volkes. Die sich nur von den geschichtlichen Ueberlieferungen der Vergangenheit nährenden Parteien der äußersten Linken ist, weil sie sich selber von dem lebendigen Kreislaufe der modernen Ideen abgespalten hat, der Auszehrung verfallen und kann im Rahmen des ungarischen Parteilebens nur noch als geschichtlich interessanter Ueberbleibsel einer endgültig abgeschlossenen Entwicklungsperiode der Nation in Betracht kommen.

Belgien.

Brüssel, 21. Februar. Der Repräsentantenkammer gab der Finanzminister die übliche Darlegung des Budgets, das 307 969 000 Frs. Ausgaben und 357 727 000 Frs. Einnahmen aufweist. Der Minister meinte aber, daß die mäßig veranschlagten Einnahmen die Aufschläge in Wirklichkeit um mehrere Millionen überschreiten würden.

Italien.

Rom, 19. Februar. Die Blätter streiten darüber, ob Herr Giolitti als früherer Minister nicht die Gerichtsbarkeit des Senates anrufen könne und ob es sich um die Privatklagen gegen ihn in Folge der Veröffentlichung seines „placato“ oder um die Mitschuld an der Schriftstücken-Hinterziehung im Hauptprozeß handle. In dieser Sache hatte der Generalstaatsanwalt schon vor der Verlegung der Kammer den Justizminister von der Nothwendigkeit des gerichtlichen Vorgehens gegen den früheren Ministerpräsidenten unterrichtet. Die dazu nöthige Ermächtigung der Kammer hatte wegen deren Verlegung und der Schließung des Tagungsabganges nicht mehr eingeholt werden können, und der Justizminister hatte dem Gerichte anheimgegeben, inzwischen dem Verfahren gegen die Verleitung und Verleitung, beschlagnahmen. Bankpapiere angeschuldigten Bankbeamten beizufolgen und die Akten der Verurtheilung der Anklagekammer zugehen, und gesten sollte diese entscheiden, ob die sechs Beamten vor Gericht zu stellen seien. Auf Antrag der Vertretiger hat sie ihren Spruch um eine Woche hinausgeschoben, um ihnen die Möglichkeit zur Fertigstellung der Denkschriften zu gewähren, die fast alle die Nothwendigkeit einer Vernehmung Giolittis, seines Unterstaatssekretärs Rosano und des Abg. Spirito darlegen. Es ergibt sich hieraus, daß die am 14. v. erfolgte Verlegung Giolittis (auf den 23.) nicht hiermit, sondern nur mit den privaten Verleumdungsakten gegen ihn in Verbindung stehen kann. Viel wichtiger ist offenbar die Frage nach seiner Mitverantwortung für die Hinterziehung der Schriftstücke beziehentlich seine Urheberschaft daran. Nicht genug, daß der Expolizeidirektor Felgani und die mitangelegten Kommissare sich auf den Befehl des damaligen Ministers berufen haben, in den Räumen der Banca Romana und in den Wohnungen Tantiagos und Lazzaronis nach Schriftstücken zu fahnden, die das Ministerium interessieren könnten, so hat Giolitti schon in einem Briefe vom 8. Juni an die Wähler von Donoro zu verhehlen gegeben, daß er über eine Menge bloßstellender Schriftstücke verfügen könne; monatelang habe man ihm Papiere, die politische Persönlichkeiten angehen, zugehen; nur habe er verschmäht, zur Klärung der Skandale beizutragen. Als der Expolizeidirektor Felgani sich an Giolitti wandte, damit er sich über die Beschuldigungen äußere, die gegen die Polizei erhoben wurden, schrieb ihm dieser am 25. Oktober v. J., er möge mit dem Untersuchungsrichter offen erklären, daß thatsächlich Schriftstücke in das Ministerium des Innern gelangt seien, „die auf mehrere politische Persönlichkeiten kein schönes Licht werfen; aber sie rühren nicht von der Polizei, sondern ganz anderswoher, wurden erst lange nach den Hausdurchsuchungen in das Ministerium gebracht und konnten keinerlei Einfluß auf die Hauptprozeß haben. Trotz alledem glauben viele, daß Giolitti, wenn nicht der Hinterziehung von Bankpapiere, doch der Urheberschaft an der politischen Wiedereröffnung der verlegten beschlagnahmen Pakete, der Durchsicht und Abschneidung der Dokumente u. s. w. schuldig sei. Nur seine Vernehmung wird darüber Licht verbreiten können.

Rom, 21. Februar. „Opinione“ hat lebhafteste Bedenken gegen die beschlossene Verlegung der italienischen Kolonialgrenze gegen Ägypten. Da sie neue Kosten verursachen und neue Schwierigkeiten und Verwicklungen herbeiführen werde. Alle Wählungen über den Termin der Kammerwahlen sind verfrüht. Die Frage wurde noch nicht im Ministerrath erörtert.

Mailand, 21. Februar. Heute Nachmittag trat der neu gewählte Gemeinderath zusammen. Der königliche Regierungskommissar Graf Bonasi gab einen ausführlichen Bericht seiner sechsmonatlichen Verwaltung und erklärte seinen Auftrag für nunmehr erledigt. Zum Bürgermeister wurde von den vereinigten Gemäßigten-Liberalen und Radikalen der Ingenieur Vigoni, der dieses Amt bereits in der im September abgeschlossenen Stadtverwaltung bekleidet hatte, mit 55 Stimmen wiedergewählt, die radikal-republikanische Widerpart gab 22 unbeschriebene Stimmzettel ab. Schließlich wurde dem Grafen Bonasi einstimmig das Ehrenbürgerrecht der Stadt Mailand verliehen.

Großbritannien und Irland.

London, 21. Februar. Nach dem heutigen Ministerrath fand ein lebhafter Depeschewechsel zwischen dem Foreign Office und Kairo statt. Lord Cromer, der die Lage als sehr ernst ansieht, will sich für ein energisches Vorgehen im Sudan bedien.

London, 22. Februar. Während der Essenszeit führten meist weniger bekannte Mitglieder die Debatte für Vancasfort fort. Die Liberalen Stanshope und Leigh erklärten, gegen die Regierung stimmen zu wollen. Goshen kam um 1/11 Uhr zum Wort; er äußerte sein Bedauern über Balfours Abwesenheit, sprach seine Sympathie für Jowlers indische Politik aus und mißbilligte das Hineintragen von Parteipolitik in indische Fragen; er erwartete einen Vorschlag zur Güte von der Regierung. Um 11 Uhr antwortete Harcourt.

Rußland.

Petersburg, 21. Februar. Erste Aufhebungen fanden an der biefigen Universität statt. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Studierenden, wobei zahlreiche Verwundungen vorgenommen wurden. Die Ruhe wurde später wieder hergestellt.

Bulgarien.

Sofia, 21. Februar. Die Audienz Zantows beim Fürsten blieb ohne thatsächliches Ergebnis; abermalige Versuche Zantows gelten als ausgefallen, obgleich er selbst noch Hoffnung legte. Das hiesige gewisse Auftreten Zantows kann aber heute nicht mehr mit dem Abschlüssen abgefeuert werden, das die Regierung beobachtete. Zantow erklärte, er werde unter seiner eigenen Fahne Frieden mit Rußland schließen und das gesamte Volk vereinigen. Nunmehr hat der Fürst, der durch seine klare Antwort Zantow abgewiesen hat, dem die Regierung mit der großzügigen ruffenfreundlichen Opposition einen Kampf auf Leben und Tod zu befehlen. Diesen Kampf auf dem Gebiete der Verfassung zu führen, ist vollständig ausgeschlossen.

Sina.

Der Kaiser von China hat an den Tsungli-yamen eine Zuschrift gerichtet, die in der Peking Staatszeitung veröffentlicht worden ist. Der Wortlaut des kaiserlichen Schreibens liegt heute vor. Der Kaiser schreibt: „An meine Minister! Seit dem Tage meiner Thronbesteigung habe ich mit Ihnen alle Staatsgeschäfte bearbeitet, die sich als nötig erwiesen, das Reich zu erhalten und das Glück des Volkes zu festigen. In diese der Wohlthat meines Landes gewidmeten Thätigkeit hat Japan plötzlich mit kriegerischer Hand eingegriffen. Es hat unsere Gebiete eingenommen und hat so den Frieden ganz Ostasiens gestört. Ich habe meinen Generalen befohlen, die Japaner, die uns den Frieden geraubt, wieder zu verdrängen, aber niemals habe ich befohlen, den Frieden Japans zu stören. Das sind Thatsachen, die auch dem Ausland bekannt sind. Aber unsere Generale waren entweder ohne Fähigkeit oder sie kommandierten Soldaten, die ohne Disziplin waren. So mußte Japan von Sieg zu Sieg schreiben und augenblicklich bedrohen sie nicht nur unsere alte heilige Stadt Peking, sondern auch die Hauptstadt Peking. Tief empfinde ich die Schande. Sie ist unbefriedigend, und in Worten vermag ich nicht aus-

judrücken, was meine Seele bewegt, denke ich an meine Vorfahren aus Chinas uraltem Thron und denke ich an das Ausland. Aber diese Schande ist nicht Jure Schuld! Ich, Ihr Kaiser, bin ganz allein der Schuldige. Ich habe mich von den Generalen betrogen lassen, und so ist auch das Militär seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen, und daher habe ich Niederlage und Schande heraufbeschworen. Dringen die Japaner in Peking ein, lassen sie die Ehre unserer Vorväter an und befehlen sie Peking, dann werde ich mich selbst den Tod geben. Dann wird meine Seele vor meinen Ahnen erscheinen und diese um Verzeihung stehen für die Sünden, die ich in Verletzung meiner Herrscherpflichten begangen habe. Neben kann ich dann nicht mehr im Angesicht der von mir geschändeten Vorfahren.

Meine Mutter können Sie dann aus Peking hinweg und nach der Mongolei führen und einen anderen talentvollen Prinzen aus der kaiserlichen Familie zum Kaiser ernennen, der glücklicher als ich sein möge. Der aber möge dann die Gelegenheit ausgreifen, China an Japan zu rächen und so meiner Seele den Frieden zu geben, den sie hier nicht gefunden hat.“

Tientsin, 21. Februar. Es gilt jetzt als sicher, daß die Sino-Japanische Verhandlung nach Japan geht, um wegen des Friedensabganges zu unterhandeln.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. Februar. Wie die „Stettiner Zeitung“ hört, hat die seiner Zeit für die Gemeindefürsorge reform eingesezte gemeinsame Kommission, bestehend aus sechs Mitgliedern des Magistrats und den Mitgliedern der Finanzkommission, sich dahin schlüssig gemacht, trotz des Ausfalles, der für die Gemeindefürsorge durch die von der Ausschussbehörde vorgenommene Herabsetzung der Umfahrgelder für anbaute Grundstücke von 5 auf 1 Prozent entfällt, für das Etatsjahr 1895-96 von der Eröffnung weiterer Steuerquellen abzusehen.

Dem Bezirk der Eisenbahn-Direktion Stettin sind folgende Strecken zur Verwaltung unterstellt: Dramburg-Stralsund, Wismar-Stralsund, Templin, Templin-Frenzlan, Stralsund-Krampe-Sagitz, Bergen a. R.-Vantersbach, Stralsund-Mositz, Vagatz-Partz, Stralsund-Angermünde, Jüßow-Wolgast, Dugcher-Swinemünde, Swinemünde-Bergringdorf, Sagitz-Leckermünde, Stettin-Rajewall-Kandegrenz, Stettin-Zasenitz, Stettin-Vernau, Angermünde-Schwebt a. D., Angermünde-Freienwalde a. D., Eberswalde-Freienwalde a. D., Frankfurt a. D., Stettin-Stolp, Schwelben-Polzin, Stettin-Rüstin-Glogau, Wriegen-Jüdicendorf, Wriegen-Friedrichsfelde-Wriegen, Ulltamm-Gollnow (gepaget), Gollnow-Wollin, Wietstock-Ramin a. Pom., Vagatz-Kolberg, Schwane-Angermünde, Stolp-Stolpmünde.

Am 17. d. Mts. hatte eine Deputation des Vorstandes des Landesvereins preussischer Volksschullehrer, bestehend aus den Lehrern A. Schöder-Wagdeburg, Helmecke-Wagdeburg und Kahl-Werlin, bei dem Kultusminister Dr. Boffe eine Audienz. Nachdem die Deputation dem Minister den Dank des Vereins ausgesprochen hatte für sein thatkräftiges Wirken, betriebs der Fortentwicklung des Volksschulwesens, insbesondere für seine Bemühungen um die Aufbesserung der Lehrergehälter auf dem Verwaltungswege, brachte sie die bekannten Wünsche der preussischen Lehrerschaft zum Vortrage. Diefelben bezogen sich namentlich auf das Lehrerbesoldungsgesetz, auf eine Neuregulierung der Wittwenpension, auf den niederen Küsterdienst, auf die Vertretung der Lehrer im Schulvorstande und auf die Militärdienstpflicht. Insbesondere wurde hingewiesen auf die Nothlage vieler Volksschullehrer, welche eine baldige Abhilfe dringend erfordere. In längerer Auseinandersetzung kennzeichnete der Minister die gegenwärtige Sachlage in Bezug auf das Lehrerbesoldungsgesetz. Die Verhandlungen mit dem Finanzminister seien noch nicht zum Abschluß gekommen; derselbe stehe den Grundzügen des Entwurfs nicht unfreundlich gegenüber, und es sei nicht ausgeschlossen, daß es noch in dieser Session zur Vorlage gelangen könne. Er sei freilich nicht in der Lage, das Schicksal der Vorlage vorher bestimmen zu können. Er habe jedoch auch hier die besten Hoffnungen, da der Entwurf nicht so bedeutende Mehrforderungen enthalte, sondern in der Hauptsache eine Verringerung der vielen Ungleichheiten in der Besoldung erbringe und außerdem durch die diebezüglichen Maßnahmen auf dem Verwaltungsweg schon wesentlich vorgearbeitet sei. Im ferneren bezeichnete der Minister das hiesige Vorgehen in der Abfassung des niederen Küsterdienstes als einen Anfang, und er hoffe, die Sache nach und nach zu einem friedlichen und befriedigenden Ende zu führen. In der Militärdienstpflicht könne er sich noch nicht aussprechen, da die Verhandlungen im Staatsministerium noch laubeten; er gebe aber die bestimmte Versicherung ab, daß in dieser wie in allen anderen Fragen von ihm sowohl als von seinen Räten das Wohl der Lehrer im Auge behalten werde.

Das Stipendium, welches der Verein junger Kaufleute am Montag, den 25. d. M., mit Wilbern aus London vorbrachte, ist ein der allerbesten Instrumente dieser Art, mit den feinsten adromatischen Nuten und Londoner ausgefertigt und ermöglicht es, daß Silber, welche an sich nur 72 Quadratcentimeter groß sind (natürlich können dies nur Photographien der besten Art sein), auf eine Fläche von fast 400 Quadratfuß vergrößert werden. Das Licht ist rein weiß, durch Wasser und Sauerstoff, der auf Kalziumchlorid ausströmt und dieselben erglänzt, hervorgebracht. Der Apparat leistet reichlich ebensoviel als der der Urania in Berlin. Es dürfte deshalb der Besuch dieser Vorführung ganz besonders empfohlen werden können.

Zur Verachtung der am Vollwerk unterhalb der Vangerbrücke befindlichen Anlegestellen für Fischdresel stand heute im Sitzungssaal der Deputationstermin an. Es sind 66 Stellen vorhanden, die in drei Reihen zu je 22 Plätzen auf die Zeit vom 1. Juni 1895 bis 31. März 1898 vergeben werden sollten. Die Tage war für die Stellen der ersten Reihe von 3 auf 15 Mark, für diejenigen der zweiten Reihe von 6 auf 30 Mark, und für die dritte Reihe von 9 auf 45 Mark erhöht und wurde die Tage liberaler gegeben. Das Gesamterträgnis hat sich demnach von 396 auf 1980 Mark gesteigert.

Die auf dem Grundstück Heiligenstraße Nr. 8 stehenden Bauplätze waren von der

